



AfD Fraktion im Kreistag Rhein-Kreis Neuss

An den Landrat
des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung

14.5. 2023

Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses am 24.5.2023

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften des Kreisausschusses am 24.5.2023 zu setzen.

Antrag

Der Landrat wird gebeten, die weitere Aufnahme von Flüchtlingen im Rhein-Kreis Neuss abzulehnen.

Begründung

Bereits jetzt leidet der Rhein-Kreis Neuss wie alle anderen Kommunen unter den Menschen, die massenhaft und unkontrolliert nach Deutschland kommen. Die Armutszuwanderer kommen von Afghanistan bis Nigeria zu uns, weil sie hier die größte Unterstützung bekommen. Inzwischen zahlt Deutschland so viel Geld für ihren Unterhalt, dass es selbst Geld nachdrucken muss.

Das aber steigert die Inflation, unter der die Bürger als erste leiden und ebenfalls weniger Geld haben.

Das aber ist nicht das einzige Problem. Probleme bereiten

- der Bildungsnotstand, den die Zuwanderer verursachen.
- der Kriminalitätszustand, den die Zuwanderer verursachen

Schon Peter Scholl-Latour hat gesagt, «Wer halb *Kalkutta* aufnimmt, hilft nicht etwa *Kalkutta*, sondern wird selbst zu *Kalkutta*!».

Kalkutta haben wir bereits in vielen Städten Deutschlands. Darum muss diese falsche Politik endlich beendet werden.

Hätte der Bund den Kommunen die Kosten der Unterkunft nicht erstattet, hätten sie schon vor Jahren keine Armutszuwanderer mehr aufgenommen.

Auch jetzt protestiert der Rhein-Kreis Neuss nur, weil er nicht genug Geld für die Unterbringung bekommt. Da könnte man es noch eher begrüßen, dass die Arbeitsämter den Bittstellern die Unterstützung in die Heimat überweisen, damit sie hier nicht zur Wohnungsnot und Kriminalität beitragen.

Aber zig Millionen Euro sind bereits in die EU-Staatsschuldenhaftung, Klima- und Corona-Maßnahmen geflossen, statt in die notleidenden Renten und Krankenkassen. Jetzt müssen dort zur Stützung neue Schulden aufgenommen werden.

All das wird den Bürgern weiter aufgebürdet, obwohl sie jetzt schon notleidend sind.

Diese Politik muss sofort beendet werden. Und dazu muss auch der Landrat seinen Beitrag leisten.



Dirk Kranefuss
Vorsitzender